

VHS-Veranstaltungsreihe: OB-Kandidaten stellen sich vor

## **Dr. Arnulf Weiler-Lorentz: Meine Ziele für Heidelberg**

*Nach einer kurzen Einleitung durch Herrn Henn von der VHS erläutert Dr. Arnulf Weiler-Lorentz seine politischen Schwerpunkte und seine Ziele für Heidelberg. Hier die wörtliche Mitschrift der vorgetragenen Rede. Herr Weiler-Lorentz hat bei seiner Rede erläuternde Grafiken projiziert, die dort, wo sie zum Verständnis des gesprochenen Textes unverzichtbar sind, hier mit aufgenommen wurden. Herr Weiler-Lorentz hat bei seiner Überarbeitung lediglich redaktionelle Veränderungen vorgenommen. Die Überschriften wurden von uns ergänzt.*

### *Motivation zur Kandidatur:*

- *Alternativkandidaten sind alle Vertreter der vorherrschenden Neoliberalen Wirtschaftspolitik*
- *Heidelberg lebt von der Substanz*

### *Prioritäten:*

- *Soziale Ausgrenzung verhindern*
- *Eine gesunde und menschengerechte Umwelt sichern*
- *Alle Bürger an Entscheidungen beteiligen*

### *Für eine solidarische, demokratische und umweltgerechte Stadt*

- *Kostengünstiges Wohnen: Bauen in Bahnstadt und Bergheim, Abzug der amerikanischen Soldaten, Geschäftspolitik der GGH (Blaue Heimat, Beethovenstraße)*
- *Neue Armut: Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sichern, Segregation verhindern*
- *Umweltbelastung durch den Verkehr vermindern: VEP umsetzen, keine Tunnelprojekte für Heidelberg*
- *Energieverbrauch und Treibhausgase verringern, Energiecontracting durch die Stadtwerke*
- *Demokratische Beteiligung verbessern: Öffentlichkeit der Gemeinderatsarbeit*

### *Punkte der aktuellen Diskussion*

- *Fußball-Stadion*
- *Einkaufszentrum*

### *Taktische Frage*

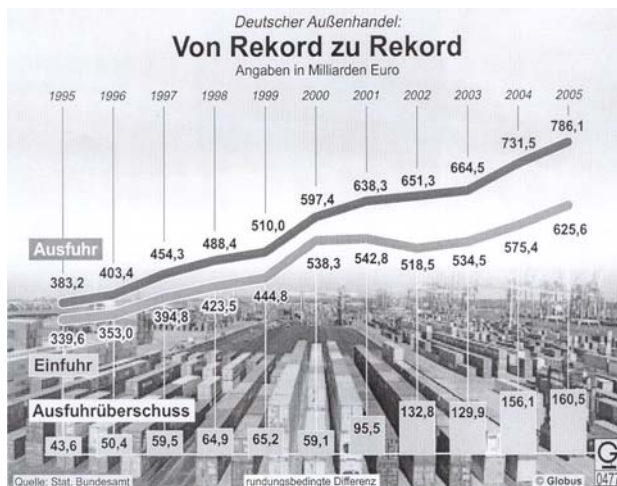
Meine Damen und Herren, ich möchte Sie ganz herzlich begrüßen und möchte mich bei der Volkshochschule bedanken für die Einladung und auch für diese Veranstaltungsreihe.

## **Motivation zur Kandidatur**

Ich war bei den übrigen Veranstaltungen auch anwesend, und diese Veranstaltungen haben mich darin bestärkt darin, dass es richtig war, dass die Bunte Linke einen eigenen Kandidaten aufgestellt hat.

Bei der Vorstellung der anderen Kandidaten ist es mir häufig so gegangen, dass ich an einen Hausbesitzer gedacht habe, der zwar kein Geld auf dem Konto hat und ein undichtes Dach, aber angestrengt über den Neubau eines Schwimmbades im Garten nachdenkt.

Das reicht von Herrn Würzner, der mit einem Neckarufertunnel für ca. 100 Mio. €, einem Einkaufszentrum mit Tiefgarage in Bergheim und einer 5. Neckarquerung Luxusprojekte benannt hat, die mit dem städtischen Haushalt der nächsten Jahre überhaupt nicht zu finanzieren sind, bis zu Frau Thimm, die damals noch zumindest noch der Meinung war, dass man die Theatersanierung innerhalb den nächsten Jahren bewerkstelligen könne, das sind 40 Mio. € und nebenbei noch das alte Hallenbad renovieren. Ich meine, das sind beides wichtige Projekte, aber in dieser Größenordnung nicht unmittelbar finanzierbar, sondern nur in Teilschritten.



Seit drei Jahren sind wir Weltmeister mit unserem Export und seit über 10 Jahren haben wir eine positive Handelsbilanz. Die Schere geht nicht etwa zu im Jahr 2005, sondern immer weiter auf.

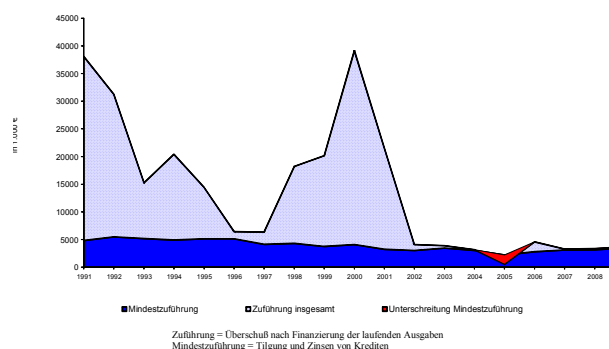
Ich meine, wir haben andere und vorrangige Probleme. Wir haben mittlerweile die dritte Bundesregierung, die eine neoliberale Wirtschaftspolitik und Sozialabbau im großen Stil betreibt, zum Beispiel im Gesundheitswesen und im Rentensystem. Und die eine Steuerpolitik betreibt, die eine Umverteilung der Einkommen und Vermögen von unten nach oben bewirkt. Das wird begründet mit Globalisierung und internationaler Wettbewerbsfähigkeit, doch wenn man sich die Statistiken anschaut, sprechen die eine ganz andere Sprache. Seit

Die Gewinne der großen Unternehmen - das betrifft jetzt nicht den Mittelstand, der ist in einer anderen Situation - boomen. Jüngstes abschreckendes Beispiel ist der Allianz-Konzern, der 4,6 Milliarden € an Jahresgewinn eingefahren hat und dann gleichzeitig ankündigt, dass er 7.000 Mitarbeiter entlassen will.

Auf der anderen Seite hat diese Politik die Arbeitslosigkeit nicht verringert. Sie hat den höchsten Stand seit Jahrzehnten.

### Heidelberg lebt von der Substanz

Was es heißt, dass die öffentliche Hand ausgetrocknet wird durch diese Politik, sei hier am Beispiel des Heidelberger Haushalts dargestellt. Die hellblau schraffierte Fläche in der Grafik ist die sogenannte Zuführung, das ist der Überschuss der verbleibt, nachdem die laufenden Ausgaben getätigt sind und mit dem man neue Investitionen betreiben kann, also das Eigenkapital bei Investitionen. Das dunkelblaue ist die gesetzliche Mindestzuführung, und das



sind im Wesentlichen Zinsen und Tilgung von Krediten. Sie zu erreichen, ist Voraussetzung für einen genehmigungsfähigen Haushalt. Damit soll verhindert werden, dass die Kommunen sich überschulden und Zinsen und Tilgung über neue Kredite finanzieren. Sie sehen hier, dass wir das erste Mal einen Einbruch im Jahr 1995/1996 hatten. Für eine dauerhaft stabile Situation müssten wir uns auf der Größenordnung des Jahres 1991 bewegen mit der Zuführung. Bereits seit dem Jahr 2002 befinden wir uns in unmittelbarer Nähe der Mindestzuführung. Das heißt, von diesem Zeitpunkt an wurden Investitionen ganz überwiegend über Kredite finanziert. Für das Jahr 2009 werden wir eine Verschuldung der Stadt in Höhe von rund 200 Millionen € haben, das ist in etwa die Hälfte der jährlichen Einnahmen. Gravierend war die Situation vor allem im Jahr 2005. Hier sehen sie an der roten Farbe, dass wir unter die Mindestzuführung gekommen wären. Das Regierungspräsidium hätte diesen Haushalt nicht genehmigen dürfen. Die Stadt Heidelberg hat sich dadurch beholfen, dass sie für die Jahre 2005/2006 einen Doppelhaushalt beschlossen hat. Und in dieser Kombination mit der sehr moderaten Erhöhung der Gewerbe- und der Grundsteuer ist die Situation dann gelöst worden. Wie gesagt, wir bewegen uns unmittelbar am Rande der Genehmigungsfähigkeit. Heidelberg lebt von der Substanz.

Ich möchte das an zwei Ausgabenposten deutlich machen: den Straßenunterhalt und den Unterhalt der städtischen Gebäude. Links sind die Ansätze im Haushalt für 2006: 2,6 bzw. 7,9 Millionen € und rechts davon steht die tatsächlich benötigte Summe, die das Baudezernat genannt hat. Das mag vielleicht etwas hoch geschätzt sein, aber man kann sagen: Angesetzt sind etwa ein Viertel der Mittel für den Straßenunterhalt und rund die Hälfte der Mittel für den Gebäudeunterhalt, die man eigentlich bräuchte. Und das führt dann dazu, dass manche Straßen in Heidelberg so aussehen wie sie aussehen und dass manche Schulen in dem Zustand sind, in dem sie heute sind.

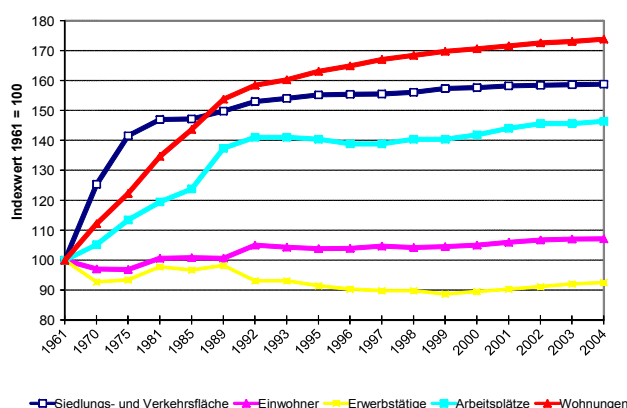
	<b>Haushalt 2006</b>	<b>Benötigt (Baudezernat)</b>
Straßenunterhalt	2,6 Mill.	8,0 Mill.
Unterhalt städtischer Gebäude	7,9 Mill.	16 Mill.

In dieser Haushaltslage muss man klare Prioritäten setzen.

### **Prioritäten: eine solidarische, demokratische und umweltgerechte Stadt**

Die erste Priorität ist für mich: Soziale Ausgrenzung vermeiden bei der Gruppe von Menschen, die unter dieser Wirtschafts- und Steuerpolitik am meisten zu leiden hat. Die zweite ist, eine gesunde und menschengerechte Umwelt in der Stadt zu sichern. Die Dritte, gerade in dieser Situation knapper Gelder und klammer Kassen, die Bürger intensiv an Entscheidungen im Bereich der Stadt zu beteiligen.

Entwicklung der Siedlungsfläche, der Einwohner, der Erwerbstätigen, der Arbeitsplätze und der Wohnungen seit 1961 in Heidelberg



Quelle: Amt für Stadtentwicklung und Statistik, Heidelberg 2006

Ich kann heute Abend nicht über alle Punkte sprechen, es soll ja auch noch Zeit zur Diskussion bleiben. Ich habe herausgesucht: kostengünstiges Wohnen, den Bereich Neue Armut, Verkehr, Energieverbrauch und schließlich die Demokratische Beteiligung von Bürgern.

### **Kostengünstiges Wohnen**

Eine wesentliche Größe in der Stadtentwicklung ist die Einwohnerzahl. Es handelt sich hier um eine relative Skala (100 % im Jahr 1961). Hier mit violetten Dreiecken dargestellt. Sie sehen, dass diese relativ stabil geblieben ist über fast vier Jahrzehnte. Die zweite wichtige Größe ist die der berufstätigen Einwohner, das ist die gelbe Kurve. Sie nimmt etwas ab in den 90-er Jahren, aber im weiteren Verlauf haben wir auch hier eine stabile Situation. Was dramatisch ansteigt ist die Zahl der Arbeitsplätze, das ist die hellblaue Linie. Sie ist insbesondere anfangs der 90-er Jahre, aber dann auch in den letzten 6 Jahren nochmals angestiegen.

Dies ist die Situation heute: Wir haben knapp 100.000 Arbeitsplätze in der Stadt und wir haben rund 38.000 Erwerbstätige, die in Heidelberg wohnen. Und dieses führt natürlich zu hohen Berufseinpendlerzahlen, fast 60.000 pro Tag. Diese Personen fahren ganz überwiegend mit dem Auto. Auch die Ausbildungseinpendler sind zahlreich, es sind etwas mehr als die Hälfte der Heidelberger Studenten, rund 18.000.

Jetzt könnte man ja denken, diese große Zahl an Arbeitsplätzen im Vergleich zu den Erwerbstätigen, die in Heidelberg wohnen, müsste zu einer sehr niedrigen Arbeitslosenquote führen. Das ist aber nicht der Fall. Heidelberg hat mit 8,6 % eine höhere Arbeitslosenquote als der Rhein-Neckar-Kreis (7,0 %) und es hat eine höhere Arbeitslosenquote als Baden-Württemberg (6,9 %). Das erstaunt nur auf den ersten Blick. Beim zweiten Nachdenken wird einem klar, dass es natürlich der regionale Arbeitsmarkt ist, um den es sich handelt. Für diesen regionalen Arbeitsmarkt ist es belanglos, ob die Arbeitsplätze in Dossenheim oder in Walldorf oder in Mannheim zu finden sind. Genauso gut wie die Leute nach Heidelberg einpendeln, würden sie auch in den angrenzenden Bereich auspendeln. Arbeitslosigkeit ist in unserem Bereich kein lokales sondern ein strukturelles, grundsätzliches Problem das mit lokalen Maßnahmen allein nicht gelöst werden kann.

### **Kostengünstiges Wohnen in neuen Entwicklungsgebieten**

Auf der anderen Seite führt aber diese hohe Diskrepanz zwischen Arbeitsplätzen und in Heidelberg wohnenden Erwerbstätigen dazu, dass der Wohnungsmarkt hier stark belastet wird. Heidelberg ist eine schöne Stadt und wer hier arbeitet, würde auch gerne hier wohnen. Das führt dazu, dass die Stadt Heidelberg an vierter Stelle steht, was die durchschnittlichen Kaltmietpreise in der Bundesrepublik angeht. Gleich nach München und Wiesbaden kommt schon Heidelberg. Für ein doppelverdienendes Ehepaar ist das nicht so relevant, die können sich das noch leisten. Aber wenn man in die schwächeren sozialen Schichten kommt, ist das natürlich ein ernsthaftes Problem. Es ist bei den caritativen Organisationen überall zu hören, dass es diese Probleme gibt.

Wir haben jetzt einen neuen Stadtteil oder besser: Wir hätten gerne einen neuen Stadtteil, die Bahnstadt. Dort könnten in größeren Umfang Wohnungen gebaut werden. Aber aus meiner Sicht sind die Planungen hier falsch. Es sind geplant: 7.000 Arbeitsplätze und Wohnungen für 5.000 bis 6.000 Menschen. Dies wird die Diskrepanz zwischen Arbeitsplätzen auf der einen Seite und Wohnen auf der anderen Seite eher verschärfen als verringern. Es wird den Wohnungsmarkt nicht entlasten, sondern es wird sich dort nichts Wesentliches verändern.

Das zweite neue Baugebiet, deutlich kleiner - etwa 600 Wohnungen sollen hier entstehen - ist das Altklinikum Bergheim, ein ausgesprochen schönes Gebiet mit alten Kliniken, die fast alle unter Denkmalschutz stehen. Hier wird überwiegend Wohnraum entstehen, aber wie Sie sich denken können: Mitten in der Innenstadt, teilweise denkmalgeschützt und in einer Umgebung mit parkähnlichen Charakter: Dies werden alles oder fast ausschließlich hochpreisige Wohnungen sein.

Es ist aus meiner Sicht bei der Entwicklung dieser beiden Bereiche falsch vorgegangen worden. Man hätte sich von vorne herein klar darüber sein müssen, dass die Interessenlagen der Eigentümer, der Aurelis und der Bundesvermögensverwaltung bei der Bahnstadt und des Landes Baden-Württemberg beim Altklinikum, völlig konträr zu denen der Stadt sind. Beide Eigentümer möchten möglichst viel für ihren Grund und Boden erlösen. Das Land, um das Klinikum im Neuenheimer Feld auszubauen und die Aurelis um Kapital für die Sanierung der Infrastruktur der Bahn zu erwirtschaften. Bei der Bahnstadt sind wir vor etwa 6 Jahren bereits in die Planungen gegangen mit städtebaulichen Wettbewerb, Aufstellung des Bebauungsplanes.

Und erst in allerletzter Zeit ist jetzt Klartext geredet worden über die Abschöpfung des Bodenwertzuwachses: Das ist ja Bahngelände, und Bahngelände hat einen Wert von unter 50 €/qm. Heidelberger Bauland hat in der Regel einen Wert von über 600 €/qm und in den ganz teuren Stadtteilen auch bis zu 900 €/qm. Dieser Sprung findet natürlich nur dann statt, wenn die Stadt dort Baurecht schafft. Man hätte in keinen Bebauungsplan erstellen sollen, sondern erst kaufen, und zwar zum Preis des Bahngeländes. Und erst dann, wenn einem wenigstens 60% des Geländes gehören, mit der Planung beginnen und einen Bebauungsplan aufstellen. Das hätte dann auch dazu geführt, dass wir kostengünstige Wohnungen in diesem Bereich bekommen könnten.

Es ist schlicht so, dass die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz, die GGH, die als städtische Gesellschaft verantwortlich ist für die städtischen Immobilien, hier keine kostengünstigen Wohnungen bauen kann, weil ihr das Geld fehlt. Das Land fördert ohnehin den sozialen Wohnungsbaus praktisch nicht mehr. Der einzige Weg, zu einigermaßen kostengünstigen Wohnungen zu kommen, wäre der über die Abschöpfung des Bodenwertzuwachses gewesen.

Anderes im Bereich Bergheim. Da gilt das Baurecht nach §34 Baugesetzbuch: Die Bebauung muss sich der Umgebung anpassen. Der Großteil dieser Gebäude ist denkmalgeschützt. Hier wäre es sinnvoll gewesen, frühzeitig einen Bebauungsplan, eine Veränderungssperre und eine Vorkaufsrechtsatzung zu beschließen. Ich habe dies im Gemeinderat auch beantragt, bin aber da nicht auf Gegenliebe gestoßen. Man war der Meinung, dass man das mit einem Grundsatzbeschluss und in Verhandlungen mit Land und Investoren besser lösen könne. Was wir jetzt bekommen werden ist allerbestenfalls: 15-20 % Wohnungen zu einigermaßen verträglichen Preisen.

Dabei hätte die Stadt natürlich schon in gewissem Umfang die Chance gehabt, offensiver aufzutreten und mit ihren Verhandlungspartnern auch hart zu verhandeln. Ich kann nicht nachvollziehen, wenn der Baubürgermeister öffentlich sagt: Wir können uns gar nicht leisten, die Bahnstadt nicht zu bebauen. Wenn man so in Verhandlungen mit Partnern geht, von denen man wissen muss, dass sie möglichst viel für ihren Grund und Boden erlösen wollen, dann hat

man seine Trumpf-Karten eigentlich schon verspielt.

Wir sind in einer Situation, die möglicherweise in der mittelfristigen Zukunft Erleichterung in den Wohnungsmarkt bringt. Und zwar hat die amerikanische Armee für das Jahr 2007 den Abzug von insgesamt 30.000 Soldaten und Angehörigen aus Deutschland angekündigt. In Heidelberg werden in den nächsten Jahren Wohnungen für etwa 2.600 Soldaten und ihre Angehörigen frei werden, in unmittelbarer Umgebung (Hockenheim, Walldorf, Ladenburg und Neckarge-



Neckargemünd ) noch mal etwa 2.400. Das sind fast so viele, wie in der Bahnstadt entstehen sollen. Das schafft auf der einen Seite Spielraum, macht auf der anderen Seite aber auch große Anstrengungen städtebauliche Art nötig. Diese zum Teil isolierten und in einfachster Bauweise erstellten Häuser sind in gut integrierte Quartiere umzuwandeln um so kostengünstige Wohnungen entstehen zu lassen.

Eigentlich hätte die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz die Aufgabe, in Heidelberg die Ziele der Stadt zu verwirklichen: Wohnraum für sozial Schwache bereit zu stellen, ökologische Ziele (unter anderem das städtische Energiekonzept), stadtstrukturelle Ziele und Denkmalschutz zu verwirklichen. Ich hatte vorhin schon gesagt, es gibt praktische keine Landeszuschüsse mehr für den sozialen Wohnungsbau. Und der städtische Haushalt erlaubt auch keine Zuschüsse in diesem Bereich. Im Gegenteil: Die Stadt hat der GGH im großen Umfang Immobilien und Wohnungen übertragen, die sanierungsbedürftig sind, um den eigenen Haushalt zu entlasten. Das hat dazu geführt, dass die GGH auch die Bauträgerschaft für rentierliche Wohnungsbauprojekte übernimmt und sich dort wie ein privater Bauträger verhält. Sie scheint dieses Verhalten auch auf ihre anderen Projekte zu übertragen.

Das zeigt sich an Projekten wie der Blauen Heimat, das ist eine 20- iger-Jahre-Siedlung im Stil des Art-deco in Handschuhsheim. Das ist eine sozial sehr gut integrierte Siedlung. Hier wohnen überwiegend ältere Menschen in einfachen und kostengünstigen Wohnungen. Das gesamte Areal steht unter Denkmalschutz. Die GGH hat beantragt, diesen Komplex abzureißen - das ist ein ganzes Quartier, nicht eine Wohnung oder ein Gebäude - und durch hochwertigen Neubau zu ersetzen. Wenn das so gelingt, ist das natürlich rentierlich und bietet sich zur Sanierung des eigenen Haushalts und der Bilanzen an. Ähnlich in der Beethovenstraße in Handschuhsheim: Dies ist ebenfalls eine Siedlung aus den 20-iger Jahren. Hier hat die GGH beantragt, über einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan in extrem hohen Maßstab nach zu verdichten, ohne Rücksicht auf stadtstrukturelle, ökologische und nachbarschaftliche Gesichtspunkte. Es ist zu befürchten, dass auch bei anderen Siedlungen der GGH in dieser Weise vorgegangen werden soll.

Im Fall der Blauen Heimat ist es mit dem Einsatz von Stadtteilverein und zwei Bürgerinitiativen wahrscheinlich gelungen, den Abriss abzuwehren. Der Stadtteilverein, die Interessengemeinschaft Handschuhsheim und die Bürger für Heidelberg haben in einer öffentlichen Veranstaltung alle Argumente für einen Erhalt dargelegt: Siedlungsentwicklung, Denkmalschutz, wirtschaftliche Analyse. Ich habe aus der Sicht eines Stadtrates einen gewissen Beitrag dazu geleistet. Dies hat zur Meinungsbildung unter Stadträten und in der Öffentlichkeit in einer Weise beigetragen, die wahrscheinlich verhindert wird, dass dieses Quartier abgerissen wird.

Diese Fotos zeigen der Situation in der Beethovenstraße: in den Gärten hier sind Bänder eingezogen, wie weit die Neubebauung reichen wird: Von dem eigentlichen Gartenareal würde nichts mehr übrig bleiben und die stadtteilytische Struktur würde zerstört. Dieses Vorhaben entspricht nicht dem Dichteplan der Stadt, und ich frage mich, wozu wir diese



Planungen überhaupt machen. Auch das Kleinklima dieser Gärten wird nicht berücksichtigt.

Wir müssen im Bereich der Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz erstens mal eine andere Politik durchsetzen. Das ist schon deshalb schwierig, weil diese Politik nicht im Gemeinderat diskutiert wird. Während meiner ganzen Zugehörigkeit, und ich bin schon lange in Gemeinderat, hat dieser niemals über die Grundsätze der Politik der GGH diskutiert. Im Gegenteil: Wenn man konkrete Nachfragen stellt, wird man abgeblockt. Die Gesellschaft versucht, sich zu weigern, aber die Frau Oberbürgermeisterin wird mir im Rahmen des Gemeinderates meine Fragen beantworten müssen. Ich weiß aber auch, eine Voraussetzung für bessere Ergebnisse wäre natürlich, dass man die Gesellschaft besser finanziell ausstattet. Es hilft nicht, die Schuld allein auf die GGH zu schieben: Sie hat natürlich das Ziel, die Belastungen, die sie trägt gering zu halten.

### **Neue Armut**

Wir haben in Heidelberg rund 4.000 Anspruchsberechtigte nach ALG II und rund 3.000 Sozialhilfeempfänger. Aus meiner Sicht leben diese Menschen alle unter der Armutsgrenze. Sie müssen sich einfach mal verstellen: Sie haben 130 € pro Monat für Nahrungsmittel und Getränke, für Freizeit und den Bereich der Kultur 32 €. Das ist ein Betrag, bei dem es nur noch schwer möglich ist, am sozialen und kulturellen Leben in der Stadt Teil zu haben.

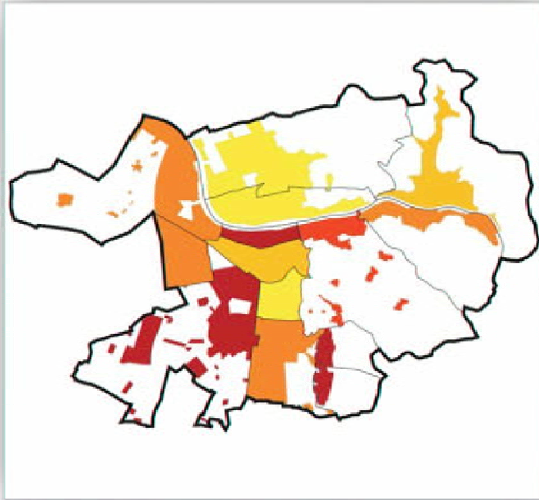
Deshalb muss es darum gehen - mein zweiter Schwerpunkt- dass die sozialen Projekte der Stadt abgesichert werden. Das sind zum Teil städtische, überwiegend aber Projekte der Liga-Verbände, also der freien Organisationen. Diese sozialen Einrichtungen werden wesentlich stärker belastet, als in den Jahren zuvor. Das betrifft etwa die Schuldnerberatung, es betrifft die steigende Nachfrage nach kostengünstigen Lebensmitteln und Kleidern. Es betrifft die psychosozialen Beratung, da Arbeitslosigkeit und Armut viele psychischen Probleme verschärfen.

Die Bunte Linke hat einen kleinen Betrag zur Teilhabe dieser Gruppe von Menschen am sozialen und kulturellen Leben dieser Menschen geleistet: Ich habe einen Antrag in die Haushaltsberatung eingebracht, den Heidelberg Pass auch den ALGII-Empfänger zur Verfügung zu stellen und in seinen Leistungen zu verbessern. Aufgrund der Situation, dass auch meine Stimme für die Mehrheit, für einen Haushaltsbeschluss notwendig war, hat dieser Antrag auch Erfolg gehabt. Der Heidelberg Pass war bisher ein Sozialpass für Sozialhilfeempfänger, kinderreiche Familien und Rentner unter einem bestimmten Einkommensniveau. Es sind jetzt Verbesserungen im Bereich Bäder, Kurpfälzisches Museum, Theater, Volkshochschule und HSB beschlossen worden. Die überwiegende Anzahl dieser Dinge ist auch durchgeführt worden. Theater und Orchester sind noch offen. Aber eine ÖPNV-Ermäßigung entsprechend einer Karte ab 60, die beschlossen wurde, ist zurück genommen worden vom Gemeinderat, aus Kostengründen. Es ist dringlich, dass da nachgebessert wird, denn es ist schwer vermittelbar, dass wohl situierte 60-Jährige diese Karte und die Ermäßigungen bekommen können, aber ALG II-Bezieher und Sozialhilfeempfänger nicht.

### **Soziale Segregation verhindern**

Es müssen rasch städtebauliche und wohnungsbaupolitische Maßnahmen ergriffen werden, um eine weitere soziale Segregation, ein soziales Auseinanderfallen der Stadtteile und Quartiere und vor allem eine Ghetto-Bildung zu verhindern bzw. aufzulösen.

## Arbeitslosigkeit 2002



Ein Indikator für die soziale Situation ist die Arbeitslosenquote. Wir haben eine sehr ungleichmäßige Verteilung in Heidelberg: In Neuenheim-West gibt es Quartiere mit einer Arbeitslosenquote von 1 %, am Kirchheimer Weg solche mit einer Quote von 25 %. In der Grafik zeigen die dunklen Farben die Stadtteile mit hoher Arbeitslosigkeit, die hellen haben eine niedrigere Arbeitslosigkeit. Boxberg und Emmertsgrund sind schwer betroffen, auch Bergheim und Kirchheim, in geringerem Maße auch Wieblingen und die Altstadt. Wir haben ein deutliches Auseinanderfallen der Stadtteile. Wir haben zusätzlich innerhalb der einzelnen Stadtteile,

selbst innerhalb der reichen Stadtteile, Armutinseln im Wohlstand, die zum Teil schon ghettoartigen Charakter haben. Dem muss entgegengewirkt werden und zwar ganz energisch. Das heißt: Wir brauchen Maßnahmen im Wohnungsbau, der Sozialpolitik und der Stadtentwicklung, die versuchen, dem entgegen zu wirken.

Es gibt in zwei Bereichen bewusst herbeigeführte Ghettos, in Form von Notwohngebieten: das ist einmal das Mörgelgewann und die Siedlung im Bereich Henkel-Teroson-Straße. Das Mörgelgewann ist ein reines Notwohngebiet, in der Henkel-Teroson-Straße stand bisher nur ein Asylantenwohnheim. Hier soll jetzt ein zusätzliches Notwohngebiet entstehen. Das ganz Ärgerliche an dem Verfahren war für mich, dass diese Diskussion um dieses neue Notwohngebiet nicht etwa im Gemeinderat öffentlich diskutiert werden sollte, sondern dass dies unter Ausschluss der Öffentlichkeit als Grundstücksgeschäft beraten werden sollte. Ich habe dies moniert und ich denke, die Frau Oberbürgermeisterin hatte dann auch gar keine andere Wahl mehr, als dieses Projekt auch in den Sozialausschuss zu bringen und in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Nachträglich hat sich auch der Ausländerrat zu Wort gemeldet, der sich übergangen fühlte. Ich muss gestehen, ihn einzubeziehen, daran habe ich leider nicht gedacht.

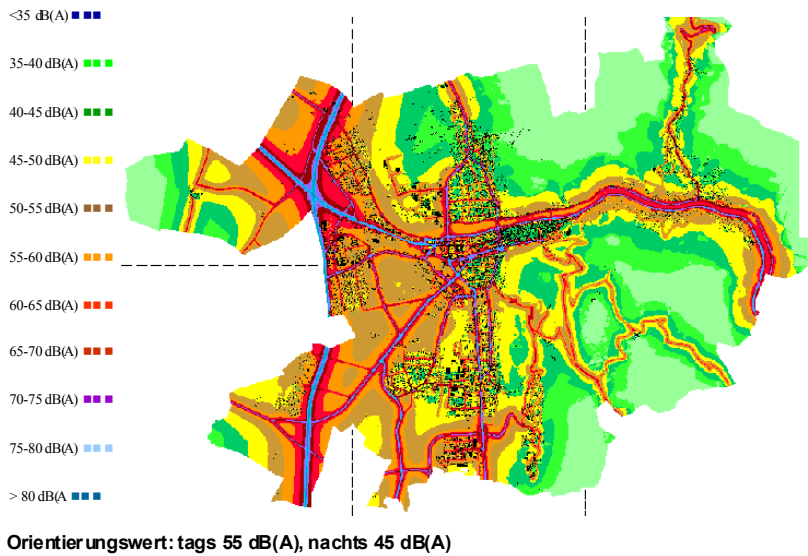
Ich habe in diesem Zusammenhang für die Bunte Linke einen Antrag eingebracht, der eigentlich zurück geht auf Initiativen, die schon mehr als 15 Jahre alt sind und damals von Lothar Binding (SPD) auf den Weg gebracht wurden: Die Notwohnungen entweder aufzulösen oder in reguläre Quartiere umzuwandeln. Die Notwohnungen dezentral einzurichten und nicht konzentriert anzulegen. Ich bin damit im Gemeinderat gescheitert

### Umweltbelastung durch Verkehr vermindern

Die Umweltbelastung durch den Verkehr betrifft heute überwiegend den Lärm, das Kohlendioxid als Treibhausgas - der Verkehr liefert da etwa 30 % des gesamten CO<sub>2</sub>- Ausstoßes in der Stadt - und die karzenogenen Substanzen wie Benzol, polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe und insbesondere den Dieselruß. Kohlenmonoxid, Stickstoffdioxid und das daraus entstehende Ozon hat an Bedeutung abgenommen, seit die Autos weitgehend mit Katalysatorausgerüstet sind.

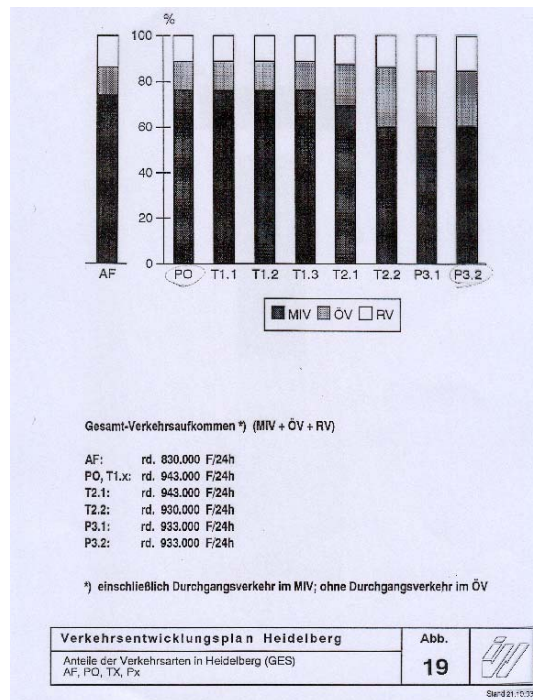


## Lärmbelastung tags



In die Grafik eingetragen ist der Lärm als Indikator, der die Gesundheitsbelastung durch den Verkehr darstellt. Sie sehen: Ab der dunkelroten bis violetten Farbe ist die Lärmbelastung eindeutig gesundheitsschädlich. Sie können unschwer erkennen, dass die Belastung den Hauptverkehrsachsen folgt. Die weiteren Schadstoffbelastungen sehen ganz ähnlich aus, wie die Lärmbelastung auf diese Karte: Sie entsprechen der Verkehrsbelastung.

Nun haben wir einen Verkehrsentwicklungsplan aus der mit beispielloser Bürgerbeteiligung erarbeitet nach intensiver Diskussion im schlossen wurde. Dieser Verkehrsentwicklungsplan Ziel gesetzt, deutliche Red-Bereich der Schadstoffbelastung zu der  $\text{CO}_2$ -Emissionen bis letztes unter  $10 \mu\text{g}/\text{m}^3$  im Jahresmittel 1995. Für die anderen Werten rigiden Schweizer Grenzwerte also ein extrem ehrgeiziges Ziele haben wir überhaupt Gegenteil, der  $\text{CO}_2$ -Belastung angestiegen. Von den dem



dem Jahr 1994, worden ist und Gemeinderat be- hatte sich zum ductionen im

erreichen: 30 % Jahr, Benzol: für das Jahr wurden die sehr zugrunde gelegt, Programm. Diese nicht erreicht, im ist deutlich Planfällen aus

Verkehrsentwicklungsplan möchte ich hier jetzt nur ansprechen: den P0-Fall und den P2.2 Fall: Der P0-Fall: Das ist die Situation "weiter wie bisher" ohne konkrete verkehrspolitische Maßnahme. Der Fall P2.2 ist ein Plan, der auf eine Stärkung des Umweltverbundes, insbesondere den Bau von Straßenbahnlinien, von Rad- und Fußwegen und einer Parkraumbewirtschaftung in der Innenstadt setzt. Der Unterschied zwischen diesen Planfällen liegt im motorisierten Individualverkehr: Er nimmt in P2.2 um rund 15 % ab. Das sind keine Welten, aber damit kann eine deutliche Senkung der Schadstoffbelastung erreicht werden.

Nun, was ist mit diesem Verkehrsentwicklungsplan passiert? Wir haben von den Sofortmaßnahmen, also den kleinen Maßnahmen, die man hätte sofort und kostengünstig umsetzen können, weniger als 10 % verwirklicht. An Straßenbahnlinien ist nur der Ringschluß durch die Berliner Straße fertiggestellt worden. Bei der Parkraumbewirtschaftung hat sich fast nichts

getan. Vom Straßenräumlichen Handlungskonzept zur der Steigerung der Sicherheit für Fußgänger und insbesondere für Kinder ist fast nichts umgesetzt und auch von den Maßnahmen zum Fahrradverkehr ist sehr wenig umgesetzt. Dafür hat dann der Gemeinderat nach der Kommunalwahl 1999 mit einer neuen konservativen Mehrheit im Jahr 2001 verschiedene Tunnels zusätzlich in den Plan geschrieben: der Burelli-Tunnel vom Hauptbahnhof durch die Mittermaierstraße auf die Walz-Brücke, eine Verbindung von Wieblingen ins Neuenheimer Feld als Tunnel, einen Neckarufertunnel unter der B 37. Nicht nur die Konservativen haben da mitgewirkt, auch bei SPD und Grünen hat ein Paradigmenwechsel stattgefunden. Bei den Grünen bundespolitisch mit relativ viel Öffentlichkeit, bei der SPD eher leise und es hat sich auch in Heidelberg nieder geschlagen: 1994/95 fordert die GAL eine Parkraum-Verknappung in der Innenstadt, der von der SPD befürwortete Neckarufertunnel wird als absurd bezeichnet. 2003 stimmen beide Fraktionen für eine neue Tiefgarage unter dem Friedrich-Ebert-Platz und für einen Burelli-Tunnel. Für den Burelli-Tunnel liegen die Kosten bei 80 – 100 Mio €. Er hat keinerlei Wirkung in bezug auf die Verkehrsanteile oder die Schadstoffbelastung, sondern lediglich für eine schönere Stadtgestaltung

Die Vorschläge von Herrn Würzner: Neckarufertunnel (100 Mio €), 5. Neckarquerung als Tunnel (100 Mio €), Tiefgarage im Altkliniken für ein dort zu errichtendes Einkaufszentrum. Den Burell-Tunnel hat er wohl gestrichen, weil er offenbar gesehen hat, dass er keine 300 Mio. € für Investitionen in den nächsten Jahren locker machen kann. Weder den Anteil der Stadt mit 25 %, noch Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Aber es ist schon eindrucksvoll, in welcher Weise hier der Umweltbürgermeister den Autoverkehr bevorzugt.

Was wir brauchen ist ein stadtgerechter Verkehr: Das heißt, wir brauchen einen umweltverträglichen Verkehr mit Verringerung der Umweltbelastungen. Wir brauchen einen stadtvträglichen Verkehr mit der Schaffung und Erhaltung von Freiräumen: Einen Verkehr, der die Wiederherstellung von Raum für städtisches Leben erlaubt. Und wir brauchen einen sozialverträglichen Verkehr, der gleichberechtigt allen Verkehrsteilnehmern gleiche Mobilitätschancen bietet und die Gefährdungen und Beeinträchtigungen verringert. Dazu brauchen wir die Straßenbahnlinien, die alle schon projektiert sind, zum Teil sogar schon geplant sind. Dazu brauchen wir den Ausbau von Rad- und Fußwegen, und dazu brauchen wir die vielen kleinen Maßnahmen, die man schon lange hätte anfangen können. Und all dies würde nur ein Bruchteil der Kosten ausmachen, die Herr Würzner nur für den Autoverkehr ausgeben will.

### **Energie- und Treibhausgase verringern, Energiecontracting durch die Stadtwerke**

Das ist ein Thema unter der Überschrift: Global denken und lokal handeln. Wie stellt sich der Energieverbrauch in den einzelnen Sektoren in Heidelberg dar? Betrachtet man die Situation ohne Berücksichtigung des Verkehrs, verbrauchen die privaten Haushalte etwa 40 %, Gewerbe und Industrie etwa 35 % und die öffentlichen Einrichtungen etwa 27 %. Wenn man eine deutliche Verringerung erreichen will, dann muss man das Schwergewicht auf die Energieeinsparung legen. Das heißt Wärmedämmung, effektive Heizungstechnologie und energiesparende Geräte. Und ein relativ dazu kleinerer Teil kann über regenerative Energien geliefert werden (Wasser, Wind, Biomasse, Solar und Geothermie).

Wir haben seit 1992 ein Energiekonzept für die Stadt. Ich hatte 1990 zu diesem Thema einen umfangreichen Antrag eingebracht. Nach zweijähriger Beratung ist er dann beschlossen worden. Er bezieht sich auf zahlreiche Aspekte: Energieversorgung, Bebauungspläne, energietechnische Sanierung städtischer Gebäude, usw. Aber der Hauptpunkt war, dass die Stadtwärme sollen endlich beginnen sollten, ein Energiecontracting für den Einzelhaushalt

anzubieten, um die dort im großen Umfang vorhandenen Einsparmöglichkeiten auszuschöpfen. Energiecontracting heißt: die Stadtwerke organisieren und finanzieren die neue Heizungstechnik und Wärmedämmung. Der Verbraucher bezahlt den bisherigen Abschlag und amortisiert über den verringerten Bezugspreis für Gas oder Fernwärme langfristig die Investition. Dies wurde nicht umgesetzt und das hat dann zur Folge gehabt, dass wir auch die Ziele nicht erreicht haben, die ursprünglich gesetzt worden sind. Bis 2010 wollten wir insgesamt in der Stadt 20 % des Energieverbrauchs einsparen. Das das grundsätzlich möglich ist, zeigt die Entwicklung bei den städtischen Gebäuden. Innerhalb des Zeitraums von 1987 bis 2002 ist der Energieverbrauch in den städtischen Gebäuden um 25 % gesunken. In der Stadt insgesamt allerdings ist er um 7 % gestiegen. Energiecontracting ist auch eine Überlebensstrategie für die Stadtwerke, denn in dem Umfang, wie Energie gespart wird, verringert sich natürlich auch die von den Stadtwerken verkaufte Energiemenge. Wird keine anderes Geschäftsfeld erschlossen, wird der Umsatz und werden die Gewinne der Stadtwerke entsprechend abnehmen.

### **Demokratische Beteiligung verbessern**

Es gibt auch im Bereich demokratische Beteiligung Verbesserungsmöglichkeiten in Heidelberg.

Ich habe mich, seit ich wieder im Gemeinderat bin, immer wieder heftig mit der Frau Oberbürgermeisterin darüber auseinandergesetzt, dass die Tagesordnungspunkte und die Beratungsunterlagen nichtöffentlicher vorbereitender Ausschusssitzungen frühzeitig öffentlich gemacht werden. Das ist bisher nicht der Fall gewesen. Um keine Missverständnisse hervorzurufen: Dies bezieht sich nur und ausschließlich auf Punkte, die später in öffentlicher Gemeinderatssitzung behandelt werden. Also nicht auf Punkte, die aus privaten oder städtischen Interessen letztendlich auch im Gemeinderat nichtöffentlich befasst werden. Und es ist mir gelungen unter Einschaltung des Regierungspräsidiums, dies für die Tagesordnungspunkte zu erreichen. Was mir bisher nicht gelungen ist, was die Frau Oberbürgermeisterin von sich aus aber ohne weiteres tun könnte, auch die städtischen Vorlagen öffentlich zugänglich in machen. Ich bin der Meinung, jeder Stadtrat kann dies und ich mache es auch und ich warte immer noch auf die Abmahnung durch die Frau Oberbürgermeisterin.

Der Jugendgemeinderat ist ein gutes Instrument. Ich habe dies anfangs etwas skeptischer betrachtet nach den Erfahrungen in anderen Städten. Aber die Arbeit hat sehr gut angefangen und er ist auch gut eingebunden in die gemeinderätlichen Ausschussberatungen. Ich hätte mir allerdings gewünscht, dass er mehr Rechte hat, etwa ein aufschiebendes Vetorecht für eine Gemeinderatssitzung, was Fragen der Jugendpolitik angeht.

Bei den Bezirksbeiräten würde eine Direktwahl mit Sicherheit den Einfluss des Gremiums stärken. Auch da wäre ein aufschiebendes Vetorecht hilfreich und das würde dann vielleicht auch im Einzelfall zu anderen Entscheidungen führen.

Bei den Beiräten, dem Gesamtelternbeirat der Schulen etwa, ist es in unserer finanziellen Situation unabdingbar, dass wir sie intensiv in die Diskussion der Haushaltsberatung und bei Investitionsentscheidungen einbeziehen. Damit sie uns Stadträten sagen können, was wo am wichtigsten und sinnvollsten ist.

Und schließlich: Bei der Information des Gemeinderates durch die städtischen Gesellschaften, findet in letzter Zeit etwas statt, was ich für sehr problematisch halte: Sowohl Herr Spuhler, Intendant des städtischen Theaters, als auch Herr Bresinski, Geschäftsführer der GGH, haben

Fraktionsgespräche über anstehende wichtige Entscheidungen geführt. Dies hat natürlich zur Folge, dass das alles nichtöffentlich stattfindet. Die Sanierungsprojekte, die ich vorhin kurz genannt habe, die sind zwar in dem Fall ausnahmsweise auch mir vorgestellt worden, aber die Öffentlichkeit erfährt nichts davon. Beim Theater habe ich keinerlei Information über den Umfang des Sanierungsbedarfs, über die erforderlichen Finanzmittel. Dass Herr Spuhler zwar mit den Fraktionen, aber nicht mit einem Einzelstadtrat gesprochen hat, ist nicht entscheidend. Aber dass die Öffentlichkeit nicht einbezogen worden ist, ist ärgerlich. Solche Zahlen gehören in die öffentlichen Gemeinderatsitzung, gehören ordentlich beraten mit einer Beteiligung der Bürger.

Warum frühzeitige Öffentlichkeit so wichtig ist: Es gibt bei kommunalen Entscheidungen fast immer zwei Gruppen, die beteiligt sind. Das sind die Interessenten, meist mit wirtschaftlichen Interessen, und das sind die Betroffenen. Bei einem vorhabenbezogenen Bebauungsplans etwa, ist das der Bauträger einerseits und die Bewohner des Quartiers andererseits. Dabei haben die Interessenten natürlich alle Vorteile gegenüber den Betroffenen. Sie sind sofort und oft sogar vor den Gemeinderat informiert. Ihre Interessenlage ist klar definiert, Finanzmittel, die Techniken für politische Einflussnahme sind vorhanden, der Organisationsgrad ist hoch. Das ist alles bei den Betroffenen nicht so: Die Information erfolgt verzögert, oft erst aus der Presse. Es muss erst eine eigene Position erarbeitet werden, die eigenen Interessen müssen formuliert werden. In der Regel sind diese Betroffenen nicht organisiert, Finanzmittel sind nicht vorhanden und auch die Techniken zur politischen Einflussnahme müssen erst erarbeitet werden. Weil der Zeitbedarf bis zum Handeln bei den Interessenten sehr gering ist, aber bei den Betroffenen extrem hoch, genau aus diesem Grunde ist es so wichtig, dass die Öffentlichkeit frühzeitig informiert wird.

Ich konnte nicht auf alle Bereiche der Kommunalpolitik eingehen: Kulturpolitik, die speziellen Bedürfnisse von alten Menschen, Kindern und Jugendlichen, Frauen, Alleinerziehenden, Behinderten. Dass diese Gruppen ganz spezielle Bedürfnisse haben, ist allerdings nur begrenzt der Fall: Wenn wir eine gute Stadt- und Stadtteilentwicklung betreiben hin zu einer Stadt der kurzen Wege, mit guter Nahversorgung, mit verkehrssicheren Fußwegen und gut ausgebautem öffentlichem Nahverkehr, und dann noch alten- und behindertengerechte Wohnungen bauen und der Stadtteil barrierefrei gestaltet, sind die meisten Bedürfnisse auch dieser Bürger befriedigt.

## **Aktuelle Diskussion**

Zwei Punkte noch, da muss ein OB-Kandidat dazu Stellung nehmen:

### **Fußball-Stadion**

Ich bin kein Gegner von Fußball und auch nicht von Fußballstadien. Aber die Fußballstadien müssen am richtigen Platz sein. Und Heidelberg hat nun mal keinen bundesliga- oder oberligatauglichen Verein und es gibt auch keine FanGemeinde, die einen solchen Verein tragen und unterstützen könnte. Die bisher vorgeschlagen Standorte liegen ausnahmslos in einen regionalen Grünzug und sind ökologisch nicht vertretbar. Die verkehrliche Anschließung muss zwangsläufig über eine S-Bahn erfolgen, wenn von 30.000 Besuchern die Rede ist. Keiner der bisher vorgeschlagenen Standorte verfügt darüber. Und die finanziellen Risiken für die Stadt sind nicht unerheblich, kurzfristig wegen der Infrastruktur: Straßen, Kanäle usw. Aber meine Befürchtungen sind eher langfristig: Ich habe zusammen gestellt, wie viele Bun

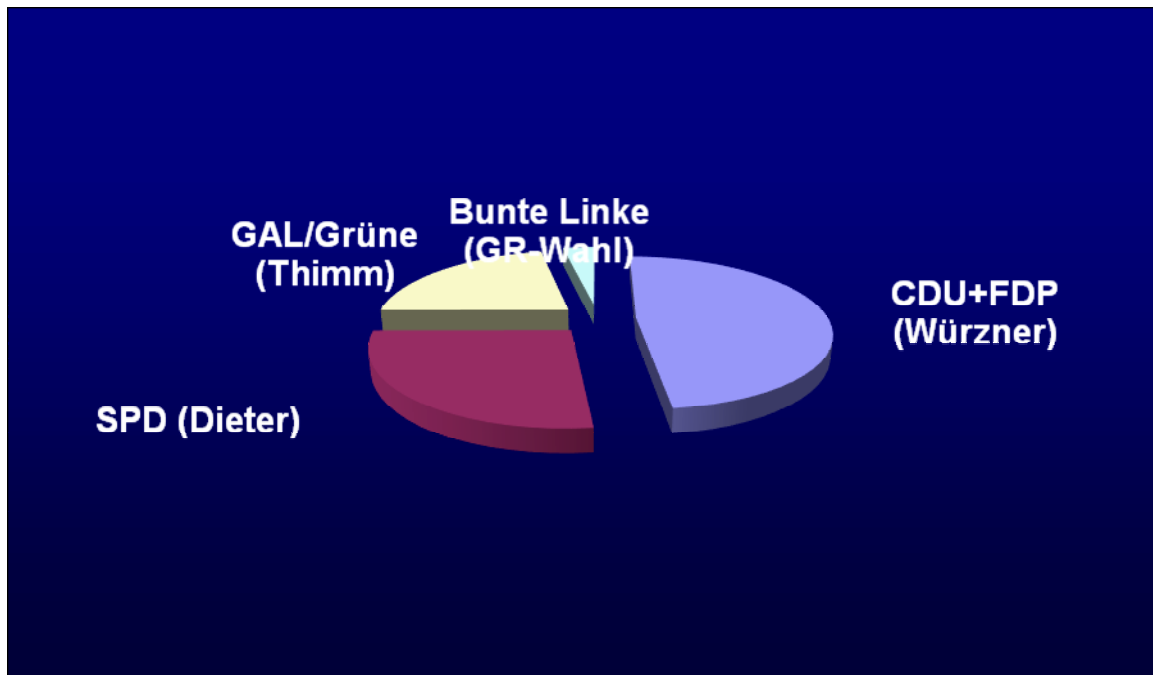
desliga- und Traditionsfußballvereine in den letzten Jahren in Konkurs gegangen sind. Das ist erschreckend. Und regelhaft kommen diese Vereine dann zur Stadt und sagen: Bitte Stadt, hilf uns. In dieser Situation dann "Nein" zu sagen, das würde dann wirklich eine große Standfestigkeit der Kommunalpolitik erfordern. Und es sagt uns ja niemand voraus, ob Herr Hopp oder seine Nachkommen in fünf oder zehn Jahren noch an diesem Verein und dem Stadion interessiert sind.

## **Einkaufszentrum**

Auch das ist ein aktueller Punkt, auf den ich kurz eingehen möchte. Es gibt ja verschiedene Vorschläge dafür: Das Gutachten zur Einzelhandelsituation in Heidelberg schlägt die Altstadt und die Bahnstadt als Standort vor, Herr Würzner bevorzugt Bergheim-Altzentrum. Ich denke, wir haben keinen Mangel an Flächen, das zeigt das Gutachten eindeutig auf: Die Verkaufsfläche in Heidelberg ist ausreichend. Bei der Qualität ist das anders, bei qualitativvoller Oberbekleidung scheint Bedarf zu bestehen. Der Vorschlag ein Einkaufszentrum in der Theaterstraße zu bauen, ist für mich völlig inakzeptabel: 10.000 m<sup>2</sup>, das würde heißen, wir setzen die Galeria-Kaufhof, das ehemalige Horten, in den Bereich der Theaterstraße in die Altstadt. Das ist mit den vorhandenen Kulturdenkmälern und dem Vorhaben "UNESCO-Weltkulturerbeliste" nicht vereinbar. Es gibt hier auch keine vernünftige Nahverkehrsanbindung, das müsste alles entweder fußläufig erreicht und/oder über die Plöck und neue Tiefgaragen erschlossen werden. In der Bahnstadt schlägt der Gutachter vor: 30.000 m<sup>2</sup>. Das bedeutet aus meiner Sicht, und so sehen das die Einzelhändler in der Innenstadt auch, dass die Kaufkraft aus der Innenstadt abgezogen werden wird. Und das würde natürlich auch verhindern, dass in der Bahnstadt jemals ein kleinteiliger Einzelhandel entsteht. Bergheim fällt sowieso aus, das geht wegen der denkmalgeschützten Gebäuden nicht und eine Tiefgarage ist für mich ebenso diskussionsunwürdig. Es gibt Möglichkeiten im Innenstadtbereich: Kurfürstenanlage, da gibt es bereits Ergebnisse aus einem städtebaulichen Wettbewerb, die Hauptpost, die aufgegeben werden soll, das Woolworth-Gebäude.

Was viel wesentlicher ist und in dem Gutachten über den Standort Heidelberg nur marginal vorkommt, ist die Nahversorgung. Das ist mir viel wichtiger, als ein neues großes Einkaufszentrum, weil es die tägliche Situation der Menschen betrifft.

## Taktische Frage



Das letzte, worüber ich hier spreche möchte, ist die taktische Frage: Die OB-Wahl ist nicht nur eine Persönlichkeitswahl, sondern sie ist in Heidelberg auch eine Lagerwahl, das zeigen die Ergebnisse der letzten drei OB-Wahlen ganz deutlich. In den Landtagswahlen waren in Heidelberg die GAL-Grünen zusammen mit der SPD nahezu gleich stark mit der CDU zusammen mit der FDP, aber keines der beiden Lager hat die absolute Mehrheit. Für die Bunte Linke sind die Ergebnisse der Kommunalwahl einbezogen. Bei vergleichbarem Ausgang ist es ganz klar: Es wird einen zweiten Wahlgang geben. Und wenn Sie der Meinung sind, dass die Themen, die ich heute angesprochen habe, Gewicht in der Stadt haben sollen, dann sollten Sie im ersten Wahlgang den Kandidaten der Bunten Linken wählen. Im zweiten Wahlgang können Sie sich dann immer noch überlegen, wen Sie aus taktischen Gründen von den anderen Kandidaten für wählbarer halten.

## Angaben zur Person

Ich möchte nicht lange über Personalien reden. Hier die wichtigsten persönlichen Daten.

- 63 Jahre, verwitwet, eine erwachsene Stieftochter
- seit Anfang der 60er Jahre in Heidelberg
- Arzt für Anästhesie, wissenschaftliche Arbeit in der Virusforschung und der Anästhesie
- seit Anfang der 70er Jahre kommunalpolitisch aktiv in Bürgerinitiativen und Parteien,
- Stadtrat und OB-Kandidat der Bunten Linken